

nd-ticker

Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage

Schweizer Bevölkerung fühlt sich sicher!

Die Mehrheit der Bevölkerung fühlt sich 2010 sicher und schaut optimistisch in die Zukunft, auch wenn nicht mehr ganz so stark wie im Jahr 2009. Dies zeigt die Studienreihe „Sicherheit“ der Militärakademie an der ETH Zürich und des Center for Security Studies, ETH Zürich.

Armee - wieder mehr Vertrauen

74% der Schweizerinnen und Schweizer halten die Armee für notwendig und 71% möchten eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee. Beinahe jeder zweite Befragte hält die Armee aber immer noch für zu gross (46%). In Bezug auf das Verteidigungsbudget erfährt die Armee wie 2009 mehr Unterstützung durch die Bevölkerung als in den Vorjahren. 50% der Befragten möchten die Verteidigungsausgaben so belassen wie sie sind, je 22% plädieren für eine Erhöhung beziehungsweise für eine Senkung des Verteidigungsbudgets. Das Vertrauen in die Armee ist nach dem letztjährigen Rückgang wieder gestiegen (+0.2), liegt aber immer noch leicht unter dem langjährigen Mittel. Der gesellschaftliche Prestigewert einer Milizkarriere hat zwar im langfristigen Trend abgenommen, doch erlebt sie 2010 wieder eine allgemeine Besserbewertung (63%, +11% im Vergleich zu 2005). Miliz- und Berufsarmeeanhänger teilen sich in etwa zwei gleich grosse Lager, wobei das Milizmodell mehr Rückhalt geniesst (50% versus 44%). Für die Abschaffung der Wehrpflicht sprechen sich 45% aus. Insgesamt: Ja zu einer Armee, in der Frage des Umfangs und der Ausgestaltung bleibt die Bevölkerung aber gespalten.

Zivildienst

Der Zivildienst wird heute stark gutgeheissen. Generell soll jeder frei wählen können, ob er Zivildienst leisten möchte oder nicht (72%).

Auslandeinsätze

Die Auslandeinsätze der Schweizer Armee werden bei anhaltender Skepsis mehrheitlich befürwortet (56%). Was Um-



fang, Waffengebrauch, Neutralitätskonformität und internationale Solidarität der Auslandeinsätze der Schweizer Armee anbelangt, ist die Schweizer Bevölkerung uneins.

Neutralität

Die Schweizer Bevölkerung steht wie eh und je geeint hinter dem Prinzip „Neutralität“. Die Zustimmung dazu erreicht auch 2010 wie bereits in den beiden Jahren zuvor ein Allzeithoch von 93% (±0%). Weiterhin sehr hohe Befürwortung erfahren die Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität (93% bzw. 81%). 2010 wird die Neutralität trotzdem leicht kritischer beurteilt als 2009, denn der Glaube an die sicherheitspolitische Wirkung der Neutralität, der 2009 besonders verbreitet war, wird weniger häufig geteilt (59%, -6%). Deutlich zugenommen hat gleichzeitig die Wahrnehmung, dass die nationale Sicherheit immer mehr von anderen Staaten bestimmt wird (59%, +7%).

Sicherheitsempfinden

Die persönliche Sicherheit (88%) und die Zukunft der Schweiz (69%) werden im langjährigen Vergleich als sehr sicher und optimistisch wahrgenommen, auch wenn leicht weniger stark als 2009. Weniger zuversichtlich ist man betreffend der

näheren Zukunft der Welt (8%, -5%). Bei der zukünftigen Entwicklung der Weltlage glaubt jeder Zweite, diese bleibe so wie sie jetzt ist (48%).

Vertrauen in Institutionen

Schweizerinnen und Schweizer vertrauen im Allgemeinen ihren Institutionen: Hohes Vertrauen in Polizei (7.2 auf einer Skala von eins, «kein Vertrauen», bis 10, «volles Vertrauen») und Justiz (6.9), mittleres in die Wirtschaft (6.4), die Armee (6.1) und die Bundesbehörden (5.9), geringes in Medien (4.9) und Parteien (5.1). Mit der Ausnahme des Bundesrates und des eidgenössischen Parlaments wird allen anderen Institutionen wieder stärker vertraut. Vor allem der Bundesrat (-0.6) und etwas weniger das Parlament (-0.3) haben gegenüber dem letzten Jahr deutlich an Vertrauen eingebüsst.

Autonomismus

2010 geben sich die Schweizerinnen und Schweizer unverändert offenheitsbereit bei anhaltendem Wunsch nach maximaler nationaler Autonomie: Der bilaterale Weg mit der EU geniesst nach wie vor grossmehrheitliche Zustimmung (72%). Die stark verbreitete Skepsis gegenüber einer politischen Annäherung an die EU (50%) und die Nato (40%) bleibt konstant. Die Zustimmung zu einer Mitgliedschaft in der EU (31%) oder der Nato (21%) bewegt sich dementsprechend weiterhin auf tiefem Niveau. Die Befürwortung einer internationalen Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindung befindet sich wie bis anhin im Mehrheitsbereich (62%).

Die Datenerhebung fand vom 12. Januar bis 11. Februar 2010 telefonisch bei 1200 Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in allen Sprachregionen der Schweiz statt. Der Stichprobenfehler liegt bei ±3%. (Quelle VBS)

Der gesamte Bericht ist als PDF erhältlich über: <http://www.css.ethz.ch/publications/publications/Sicherheit-2010.pdf> ♦

Internationales Abkommen gegen Fälschung und Piraterie

Vom 28. Juni bis 1. Juli 2010 fand auf Einladung der Schweiz in Luzern die 9. Verhandlungsrunde für ein Abkommen gegen Fälschung und Piraterie (Anti-Counterfeiting Trade Agreement, ACTA) statt. An den Verhandlungen nahmen Australien, die Europäische Union (vertreten durch die Europäische Kommission), die EU Präsidentschaft (Spanien, bzw. ab 1. Juli Belgien) und die EU Mitgliedstaaten, Japan, Kanada, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Singapur, Südkorea, die Schweiz und die USA teil.

Am ersten Verhandlungstag und im Interesse der Transparenz trafen sich unter Vermittlung der Schweiz die ACTA-Verhandlungspartner mit Vertretern der Zivilgesellschaft, die ein Interesse an den laufenden Verhandlungen haben, zu einem Meinungsaustausch.

Als Grundlage für die Fortführung der Verhandlungen diente der nach der Wellington-Runde (Neuseeland) im vergangenen April veröffentlichte Abkommensentwurf. Die Gespräche erlaubten in diversen Kapiteln des geplanten Abkommens gute Fortschritte zu erzielen und brachten die Teilnehmer näher an einen Konsens. Behandelt wurden die Eingangsbestimmungen, die allgemeinen Pflichten der Parteien, die Abschnitte über die zivilrechtliche und strafrechtliche Rechtsdurchsetzung, die Bestimmungen über die Hilfeleistung der Zollverwaltung und die Rechtsdurch-

setzung im digitalen Umfeld, die internationale Zusammenarbeit und die institutionellen Angelegenheiten. Schliesslich war auch der Kreis der Immaterialgüterrechte,

PLAGIATE

VICTORINOX



Links Fälschungen, rechts die Originale vom Victorinox Taschenmesser „Classic“ mit integriertem USB - Memorystick. (Foto Victorinox, <http://www.victorinox.com>)

welche von ACTA erfasst werden sollen, Gegenstand der Gespräche und erlaubten diese ein besseres Verständnis der Haltungen der einzelnen Delegationen.

Die Teilnehmer unterstrichen die Wichtigkeit von ACTA als einem Abkommen, das einen internationalen Rahmen für

die Anstrengungen der beteiligten Länder schaffen soll, die Verbreitung von Fälschung und Piraterie, welche den internationalen Handel und eine nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft untergraben, besser bekämpfen zu können.

ACTA zielt auf wirkungsvolle Standards bei der Durchsetzung der heute geltenden Rechte an geistigem Eigentum ab. Hingegen geht es nicht um die Schaffung neuer Immaterialgüterrechte oder die inhaltliche Ausdehnung oder Beschränkung dieser Schutzrechte.

Dabei soll ACTA nicht in den von den teilnehmenden Staaten zu respektierenden Bereich der Grund- und Freiheitsrechte eingreifen. Die Vereinbarkeit mit dem WTO Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) und der Erklärung zum TRIPS-Abkommen und der öffentlichen Gesundheit ist zu wahren. Die Verhandlungsteilnehmer bekräftigten, dass ACTA den Transit von Generika nicht betreffe und bestätigten, im Abschnitt über die Zollhilfemassnahmen Patente nicht abdecken zu wollen. Auch soll ACTA keine Verpflichtung für Zollbeamte vorsehen, an der Grenze das Gepäck von Privatpersonen oder deren elektronische Geräte auf allfällig verletzende Güter oder Inhalte zu überprüfen.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum. <http://www.ige.ch>

Verfahren eingestellt

Anfangs September 2009 reichte der ehemalige Bankier Oskar Holenweger bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige gegen den verdeckten Ermittler ein, der in einem gegen ihn gerichteten gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahren zum Einsatz gekommen war. Vorgeworfen wurden dem Ermittler qualifizierte Veruntreuung, falsche Anschuldigung und falsches Zeugnis. Oskar Holenweger verdächtigte den verdeckten Ermittler insbesondere, einen Teil des Geldes, das dieser von der Bundeskriminalpolizei für die Ermittlungen im Rahmen des Geldwäschereiverdachts erhalten hatte, für eigene Zwecke entwendet zu haben. Trotz zahlreicher Ermittlungen des ausserordentlichen Staatsanwaltes Urs Fuhrer war es nicht möglich, den genauen Ablauf der Ereignisse zu rekonstruieren. Der vom Anzeigersteller erhobene Vorwurf gegen den verdeckten Ermittler erhärtete sich nicht. Aus diesem Grund wurde das gegen Letzteren eröffnete Verfahren eingestellt. (EJPD)

Asylgesuche und Herkunftsländer

Im zweiten Quartal 2010 wurden 3'544 Asylgesuche eingereicht. Das sind 156 (– 4.2 %) weniger als im Vorquartal. Die Zahl



der zwischen April 2010 und Juni 2010 gestellten Asylgesuche liegt jedoch 2.6 % (+ 90 Gesuche) über dem Wert des zweiten Quartals 2009. Im Vergleich über die letzten 17 Monate ist die Anzahl der in der Schweiz gestellten Asylgesuche stabil. In dieser Periode suchten in der Schweiz monatlich 1'200 +/- 150 Personen um Asyl nach.

Wichtigstes Herkunftsland im Berichtszeitraum war erneut Nigeria mit 421

Asylgesuchen, 13 Gesuche mehr als im Vorquartal (+ 3.2 %). Die Zahl der Asylgesuche von nigerianischen Staatsangehörigen bewegt sich nach wie vor auf hohem Niveau. Momentan gibt es keine Hinweise auf eine baldige Trendwende. An zweiter Stelle lag Eritrea mit 403 Gesuchen (+ 75 Gesuche, + 22.9 %). An dritter Stelle folgte Serbien mit 278 Gesuchen (+ 151 Gesuche, + 118.9 %). Bei den Asylsuchenden aus Serbien handelte es sich bei mindestens drei Viertel der Personen um Angehörige der Ethnie der Roma. Hauptherkunftsgebiet war die südserbische Region um Vranje. Viele dieser Personen haben im Frühjahr von der Möglichkeit der visumsfreien Einreise in den Schengen-Raum Gebrauch gemacht, um so ihrer wirtschaftlich schlechten Lage in Serbien zu entfliehen. In verschiedenen anderen europäischen Staaten wurde ein noch deutlicherer Anstieg der Asylgesuche von serbischen Staatsangehörigen verzeichnet. (BFM)

Cyber-Attacken und Cyberterrorismus

Hans-Ulrich Helfer

Eine spezielle Art der Bedrohung im strategischen Umfeld stellen Cyber-Attacken dar. Angriffe auf kritische Informationsinfrastrukturen können die anderen Bedrohungsformen verstärken und potenziell systemgefährdende Ausmasse annehmen. Angriffe verfolgen vermehrt auch politische oder nachrichtendienstliche Ziele, wie der Angriff auf die Informatikinfrastruktur des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gezeigt hat, so der Schweizer Nachrichtendienst des Bundes (NDB) im neusten Bericht, in welchem aber der Begriff Cyberterrorismus überhaupt nicht vorkommt.

Der Begriff Cyberterrorismus meint, dass Terroristen für ihre Ziele Computersysteme nutzen. Dabei ist ganz besonders zwischen zwei Anwendungen zu unterscheiden. Erstens Terroristen, welche die Computertechnologie als Logistikkittel für ihre Ziele nutzen. Und zweitens Akteure, die mit einem Computer einen virtuellen terroristischen Angriff auf beispielsweise Kernkraftwerke, Stromversorgungen oder ähnliche Strukturen durchführen. In der ersten Definition handelt es sich lediglich um den gegenwärtig viel genutzten Cyberterrorismus als Logistikkittel. In der zweiten Beschreibung um den viel gefährlicheren ‚echten‘ Cyberterrorismus der Zukunft.

Obschon wir eine grosse Zunahme von Cyber-Attacken in privaten, wirtschaftlichen und staatlichen Bereichen verzeichnen, sind nur wenige Prozente den Terroristen zuzurechnen. Die meisten illegalen Pc-Anwendungen sind Cyberkriminalität und nicht Cyberterrorismus. Natürlich ist die Anzahl der politisch motivierten Angriffe durch Hacker und Cracker ebenfalls gestiegen. Diese Aktionen als Cyberterrorismus zu bezeichnen, zielt eindeutig am Problem vorbei und verschleiert sogar die tatsächliche Bedrohung. Cyberterrorismus als Logistikkittel umfasst beispielsweise folgende Erscheinungsformen:

Interne Kommunikation

Seien es die klassischen nationalen Terrororganisationen oder weltumspannende wie die Al Quida, alle nutzen heute das Internet für ihre Kommunikation. Benutzt wird nicht nur die bekannte eMail, sondern auch Websites, Blogger, Chat, Foren, SMS usw. Die Vielzahl der Möglichkeiten und Systeme sowie Sprachen verunmöglicht eine Kontrolle durch die Behörden.



Propaganda

Mittels eMail-Massenversand und Websites in fast allen Sprachen propagieren die nationalen wie internationalen Terrororganisationen ihre Ziele. Sie stellen auf Download-Server Material kostenlos zur Verfügung.

Rekrutierung

Die Rekrutierung über das Internet erfolgt indirekt, da die Terrororganisationen Einschleusungen von Beamten befürchten. Potentielle Bewerber werden vorerst über Chatrooms angesprochen. Dabei wird alleine schon durch die Sprache eine wichtige Selektion vorgenommen. Ein Blick in die vielfältigen Chats zeigen die unzähligen kaum kontrollierbaren Chatrooms.

Online-Ausbildung

Die ideologische und theoretische Grundausbildung geschieht grösstenteils nicht mehr in Trainingslagern irgendwo im Hinterland unter der Satellitenbeobachtung etwelcher westlicher Staaten, sondern über das Netzwerk des so gehässigten Feindes. Unzählige Anweisungen und Handbücher in etlichen Sprachen kursieren auf dem Internet. Die Terroristen nutzen für die Online-Ausbildung modernste Technologie wie Internettelefonie sowie Chatrooms usw.

Geldbeschaffung

Online-Geldsammelaktionen für undurchsichtige Wohltätigkeitsorganisationen jeder Art gibt es unzählige. Seit den Kontensperrungen der Behörden sind die Terroristen vorsichtiger geworden und benutzen für ihre Belange auch bekannte Hilfswerke. Die Beschaffung geschieht auch über den Verkauf von Popagandamaterial wie Filme, Musik, Flyer usw.

Psychologischer Krieg

Mit dem Internet haben terroristische Organisationen erstmals die Möglichkeit gefunden, mit den grossen staatlichen oder privaten Massenmedien gleichzuziehen. Sie agieren schnell und gekonnt und schocken nicht selten den Bürger und die verantwortlichen Beamten mit Folter und Enthauptungen auf Videos, die sie übers Internet verbreiten.

Wann geschieht es?

Terroristen suchen immer nach neuen Anschlagsmöglichkeiten und effizienteren Waffen. Wenn es Terroristen also möglich ist, den Computer als eigentliche Waffe einzusetzen, so werden sie dies auch tun. Aus diesen Überlegungen ergeben sich natürlich tatsächlich Schreckensszenarien, denn die westlichen Gesellschaften nutzen in einem äussersten starken Ausmass die Systeme, die mit einem Pc angreifbar sind.

Cyberterroristische Angriffe auf nationale Logistikknetzwerke wie Kernkraftwerke, Flugleitsysteme, Bankzentren, Wasserwerke, Satellitenkommunikation, Raketenbasen, Städte-Notfallsysteme und Militärstützpunkte sind gegenwärtig noch Phantasien und Visionen der Massenmedien. Bis heute ist kein wichtiger Fall von ‚echtem‘ Cyberterrorismus bekannt oder öffentlich belegt.

Allerdings ist zu beachten, dass alles was denkbar ist auch eines Tages ausgeführt wird. Osama bin Laden würde wohl keine Sekunde zaudern, könnte er lediglich über seinen Personalcomputer ein Verkehrsflugzeug in das Weisse Haus rasen oder eine amerikanische Stadt in den Fluten versinken lassen. In diesem Sinne ist der in den Massenmedien dargestellt Cyberterrorismus noch reine Panikmache, niemand weiss wann er Tatsache in der Gegenwart sein wird.

Die Frage ist nicht ob, sondern wann es erstmals geschehen wird. Solcher „Super-Terrorismus“ wird uns mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit in naher Zukunft überraschen. ♦

Darf ich mal schnell auf die Toilette?

Trickdiebstahl in Wohnungen ist nach dem Taschendiebstahl auf der Strasse die vermutlich häufigste Straftat, von der ältere Menschen betroffen sein können. Es ist verstärkt zu beobachten, dass Tricktäterinnen und Tricktäter vermehrt auch Seniorenwohnhäuser und -wohnanlagen aufsuchen, da die dortigen Pförtnerdienste in zunehmendem Masse abgebaut werden.

Dort, aber auch bei anderen Wohnformen täuschen die Täter ihre Opfer, um sich Zutritt zur Wohnung zu verschaffen und zu stehlen. Alle bekannten Täter-Arbeitsweisen lassen sich auf drei Grundmuster zurückführen:

- das **Vortäuschen einer Notlage**, die scheinbar eine Hilfeleistung oder Unterstützung durch das Opfer in der Wohnung erfordert.
- das **Vortäuschen einer offiziellen Funktion**, die den Täter vermeintlich zum Betreten der Wohnung berechtigt
- das **Vortäuschen einer persönlichen Beziehung** zum Opfer, die eine Einladung zum Betreten der Wohnung nahe legt.

Dabei werden in aller Regel folgende Tricks angewandt:

Der Glas Wasser-Trick: Täterinnen täuschen Schwangerschaft, Übelkeit oder die Notwendigkeit einer Arzneimittelleinnahme vor und bitten um ein Glas Wasser.

Der Papier- und Bleistift-Trick: Täter oder Täterinnen wollen für angeblich nicht angetroffene Nachbarn eine Nachricht hinterlassen. Dazu fragen sie nach Schreibzeug sowie Papier und drängen auf eine Schreibunterlage in der Wohnung oder bitten das Opfer, die Nachricht selbst zu erfassen.

Der Blumen- oder Geschenkabgabe-Trick: Täter oder Täterinnen wollen für angeblich nicht angetroffene Nachbarn Blumen oder ein Geschenk abgeben. Dabei drängen sie darauf, die Blumen zu versorgen oder das Geschenk selbst zu verwahren. Weitere vorgetäuschte Notlagen verbinden sich mit der Bitte,

- wegen eines Wasserschadens im Haus nach einem Rohrbruch in der Wohnung suchen zu dürfen.
- auf dem Balkon seinen entflohenen Vogel oder sein entlaufenes Kätzchen einfangen zu dürfen.
- wegen einer Autopanne, eines Unfalls oder einer Erkrankung das Telefon benutzen zu dürfen.
- die Toilette benutzen zu dürfen.



Im Gegensatz zu ausländischen täuschen inländische Täterinnen und Täter eher eine offizielle Funktion oder sonst eine Befugnis zum Betreten der Wohnung vor. Sie kommen beispielsweise angeblich als Handwerker, von den Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerken, von der Hausverwaltung, von der Post oder vom Sozialamt.

Dabei kündigen sie ihren Besuch gelegentlich sogar vorher telefonisch an, um mögliche Bedenken schon im Voraus zu zerstreuen und ein Vertrauensverhältnis zum Opfer aufzubauen. Um eine persönliche Beziehung vorzutäuschen und daraufhin eingelassen zu werden,

- rufen Täterinnen oder Täter vorher an und geben sich als lange nicht gesehene Verwandte - zumeist Enkelkinder (Enkel-Trick) - mit plötzlichem akutem Geldbedarf aus,
- bestellen Täterinnen oder Täter angebliche Grüße von Bekannten oder Verwandten
- überbringen Täterinnen oder Täter eine angebliche Unglücksnachricht von Bekannten oder Verwandten
- geben sich Täterinnen oder Täter als entfernte Verwandte, als ehemalige Kollegen oder Nachbarn, als Pflegepersonal oder Bettnachbarn vom Krankenhausaufenthalt aus

Tricktäter sind erfinderisch und schauspielerspielerisch begabt. So denken sie sich immer neue „Schachzüge“ aus.

Weitere Details siehe:

<http://www.polizei-beratung.de>

Korruption

Am 30. September 2010 findet im Technopark Zürich unsere Veranstaltung „Korruption in China - ein Risiko für Schweizer KMU?“ statt.

International tätige Unternehmen werden immer wieder mit Korruption und Bestechung unterschiedlicher Ausprägungen konfrontiert. Unter der Annahme, lokale Geschäftsgepflogenheiten zu befolgen, gehen Unternehmen unbewusst hohe Reputations- und Geschäftsrisiken ein. Gerade in China ist die Nutzung von sozialen Beziehungen, genannt Guanxi, für westliche Unternehmen oft ein Buch mit sieben Siegeln. Die damit verbundenen zum Teil strafrechtlichen Folgen können Unternehmen zum vollständigen Ausstieg aus dem chinesischen Markt zwingen.

In verschiedenen praxisorientierten Referaten wird Korruptionsprävention und -bekämpfung sowie der spezifische chinesische Kontext erläutert. Es sprechen u.a. Urs Schoettli, der ehemalige China-korrespondent der NZZ sowie Kurt Haerri, Präsident der Handelskammer Schweiz China und Managing Director der Top Range Division der Schindler Aufzüge AG. Transparency International Schweiz stellt die Geschäftsgrundsätze für die Bekämpfung von Korruption für KMU vor. Diese sind ein geeignetes und praxiserprobtes Instrument um korrupten Praktiken im täglichen Geschäftsverkehr begegnen zu können. Am Nachmittag werden die Teilnehmer mit Experten anhand konkreter Fallbeispiele konstruktive Lösungen erarbeiten. Die Fallbeispiele beziehen sich auf die Probleme des Daily Business.

Transparency International Schweiz lädt mit der Wirtschaftskammer Schweiz-China verantwortungsbewusste Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem KMU-Bereich ein, die bereits in China tätig sind oder es werden möchten und ihren ethischen Standards treu bleiben wollen.

Weitere Informationen und die Möglichkeit sich für die Veranstaltung anzumelden, finden Sie unter: http://www.transparency.ch/de/aktivitaeten/aktuelle_events/KMU-Veranstaltung.php

Transparency International Schweiz

Schanzeneckstrasse 25

Postfach 8509, CH-3001 Bern

Tel: 031 382 35 50

Fax: 031 382 50 44

<http://www.transparency.ch>

Die Bedeutung der Kompensationsgeschäfte

Für die Gegner eines Ersatzes der veralteten F-5 Tiger-Kampfflugzeuge sind Gegengeschäfte zur Kompensierung der Beschaffungskosten ein unangenehmes Thema - sie nennen es „Kompensations-Lüge“. Nachfolgend eine Auslegung über die Beteiligungen der Schweizer Industrie an Rüstungsbeschaffungen im Ausland für unsere Armee und über den Nutzen für unsere Volkswirtschaft.

Kompensationsgeschäfte?

Die armasuisse, das Kompetenzzentrum des Bundes für Rüstungsbeschaffungen, verlangt von ausländischen Lieferanten von Rüstungsgütern Gegengeschäfte in der Schweiz zur Kompensierung von 100% des Vertragswertes.

Kompensationsgeschäfte sind Schweizer Industriebeteiligungen aller Art im Zusammenhang mit Rüstungsbeschaffungen im Ausland für unsere Armee. Sie werden auch als ‚Offsetgeschäfte‘ - kurz: Offsets - bezeichnet. Durch sie werden unsere Ausgaben für die Rüstungsbeschaffung aufgewogen. Offsets bewirken einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen, fördern nachhaltig die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Industrie und tragen zum Erhalt des Industriestandortes Schweiz und zur Arbeitsplatzsicherung bei.

Direkte Offsets sind Gegengeschäfte, durch die Schweizer Unternehmen an der Produktion der im Ausland bestellten militärischen Güter beteiligt sind. Dadurch werden Kapazitäten und Know-how geschaffen, die einen möglichst autonomen Unterhalt des Rüstungsgutes sicherstellen, deren Werterhaltung und kommende Modernisierungen ermöglichen und zum Erhalt des für die Landesverteidigung unerlässlichen industriellen Potentials beitragen.

Indirekte Offsets sind Gegenleistungen der ausländischen Anbieter, zivile Industrie-Aufträge an Schweizer Firmen, Zugang zu Spitzentechnologie, gemeinsame Entwicklungen verbunden mit Technologietransfers, Zugang zu neuen Märkten etc.. Davon profitieren auch unsere Hochschulen und deren Absolventen, mittels Know-how Transfers, aber auch durch mögliche Praktikumsaustausche.

Kompensationsgeschäfte sind in zwölf Branchen möglich, darunter Maschinen-, Metall-, Elektronik-, Uhren- und Fahrzeugindustrie, ferner Luft- und Raumfahrt, Informatik, sowie Kooperationen mit Hochschulen und Forschung.

Der Offsetprozess

In der Evaluationsphase einer Rüstungsbeschaffung werden bei der Offertstellung

des ausländischen Anbieters erste Vorgaben für Offsets eingebracht. Offsetportfolios werden dann an die im Wettbewerb stehenden Schweizer Unternehmen weitergegeben und die armasuisse lässt allfällige sicherheits- und rüstungspolitische Vorgaben einfließen.

In der Entscheidungsphase werden der Beschaffungs- und der Offset-Vertrag vorbereitet und die verschiedenen Angebote anhand einer Nutzwertanalyse evaluiert. Diese fließt in die Gesamtbeurteilung zur Beschaffung mit ein. Der Umfang der direkten und der indirekten Offsets wird in dieser Phase fixiert.

Während der Umsetzung erteilt der ausländische Generalunternehmer Aufträge an Schweizer Unternehmungen und erbringt den Nachweis über die Durchführung und den Umfang der Offset-Geschäfte.

Das operative Controlling erfolgt durch das neue Offsetbüro unter Leitung der armasuisse.



Offset-Büro

Die armasuisse betreibt seit anfangs 2010 zusammen mit der Swissmem (Dachverband der Maschinenindustrie) und der GRPM (Vereinigung Westschweizer Rüstungsmaterial-Hersteller) ein Industriebeteiligungs- oder Offsetbüro als erstes PPP-Projekt (Public Privat Partnership) des Verteidigungs-Departementes. Die Kosten tragen die von der Industriebeteiligung profitierenden Unternehmungen mit der Abgabe von 0.1 Prozent des Offsetwertes.

Aufgabe des Offsetbüros ist einerseits das Controlling, die Überprüfung der vertragsgemässen Abwicklung der Offset- oder Kompensationsgeschäfte sowie die Verbesserung der Transparenz zuhanden der Öffentlichkeit. Das Büro hat zusätzlich einen Unterstützungsauftrag für die

Schweizer Industrie, bei den administrativen Abläufen und den sicherheitspolitischen und rüstungspolitischen Vorgaben sowie durch Promotionstätigkeit und Anbahnung von Industriekontakten.

Beispiele Offset-Geschäfte

Beispiele Offset-Geschäfte zu den Rüstungsprogrammen (RP) der Jahre 1992 bis 2000

- 34 Kampfflugzeuge F/A-18 (RP 92): Beschaffungskosten 3'405 Mio: Direkte Offsets 300 Mio, indirekte Offsets 2 Mrd.
- FLORAKO (RP 98 & RP 99): Beschaffungskosten 728 Mio: Direkte Offsets 200 Mio, indirekte Offsets 500 Mio.
- 12 Transporthelikopter Super-Puma (RP 98): Beschaffungskosten 320 Mio: Direkte Offsets 10 Mio, indirekte Offsets 260 Mio.
- 186 Schützenpanzer 2000 (RP 2000): Beschaffungskosten 990 Mio: Direkte Offsets 360 Mio, indirekte Offsets 450 Mio.

Im Rahmen der Rüstungsprogramme 2000 bis 2010 wurden durch die armasuisse rund 20 Offset-Verträge mit einem Offsetvolumen von 3,3 Mrd. abgeschlossen. Im Februar 2010 betrug der Stand der Erfüllung 2 Mrd. Die aus diesen Offsetverträgen noch offenen Offsetvolumen von 1,3 Mrd werden vertragsgemäss in den kommenden Jahren erfüllt.

Auswirkungen

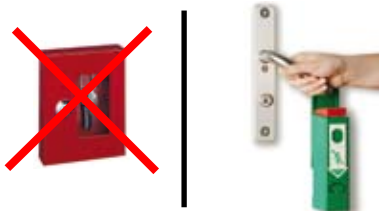
Die Kampfflugzeugbeschaffung (TTE) für 2,2 Milliarden Franken verpflichtet den ausländischen Lieferanten, ein Schweizer Industriebeteiligungsprogramm (Kompensationsgeschäfte / Offsetgeschäfte) im Umfang von 2,2 Milliarden Franken zu realisieren. Hunderte von Schweizer Unternehmen können an solchen Industriebeteiligungsprogrammen partizipieren - darunter viele KMU - insbesondere aus der Luftfahrtindustrie, der Elektro-, Elektronik- und Maschinenindustrie. Der Wirtschaftsverband Swissmem und der Westschweizer Industrieverband GRPM mit über 1000 Mitgliedfirmen unterstützen diese Programme als Vertreter der Schweizer Industrie aktiv und in Zusammenarbeit mit der armasuisse. Ein Offsetprogramm von über 2 Milliarden Franken generiert Arbeit für 2500 Arbeitsplätze während mehreren Jahren. Die Beschaffung der Kampfflugzeuge ist damit nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch von grosser Bedeutung. <http://www.PRO-Kampfflugzeuge.ch> ♦

Todesfalle: Fluchtwegtüren mit Notschlüsselkasten

Arbeitsplätze, Räume, Gebäude und Betriebsgelände müssen im Brandfall rasch, sicher und ohne Schlüssel verlassen werden können. Notschlüsselkästen sind im Ernstfall ein grosses Risiko und daher in der Schweiz verboten.



In den Normen EN 179 und EN 1125 ist die erforderliche Beschaffenheit von Schlössern und Beschlägen für Fluchtwegtüren geregelt. Beide Normvorgaben schreiben vor, dass mechanische Türverschlüsse nach einer Handbewegung und elektronische nach höchstens zwei Handbewegungen entriegelt sein müssen.



Verboten: Schlüsselkasten (links)

Alternative: EH Exit-Controller (rechts)

Hauptursachen, die zum Verbot von Notschlüsselkästen führten, waren folgende Probleme:

- Wie öffne ich die Tür, wenn der Schlüssel aus dem Kasten entfernt bzw. ausgetauscht wurde?
- Wie entnehme ich den Schlüssel, wenn Hilfsmittel zum Einschlagen der Scheibe fehlen?
- Wie erkenne ich einen Schlüsselkasten in einem verrauchten Raum?
- Wie öffne ich in einer Paniksituation mit stark eingeschränkter rationaler Handlungsfähigkeit innert nützlicher Frist eine Tür mit einem Notschlüssel aus einem Notschlüsselkasten?

Die Qualität von Fluchtwegen entscheidet im Ereignisfall über Leben und Tod und die mit ihrer Planung und Umsetzung verbundene Verantwortung ist daher besonders gross. Es ist wichtig, sich an einen erfahrenen Fachbetrieb zu wenden.

Ansprechpartner für weitere Informationen ist die BST Sicherheitstechnik AG.



Sicherheitstechnik AG
Lagerhausweg 10 CH-3018 Bern
Tel. +41(0)31 997 10 10 Fax +41(0)31 997 55 50

<http://www.bst-sicherheitstechnik.com>

Kaba definiert Zeiterfassung neu

Das neue Zeiterfassungsterminal Kaba B-web 9340 besticht durch das moderne Design, die einfache Bedienung und durch eine einfache Installation.

Modular aufgebaut

Bei der Funktionalität folgt Kaba dem Trend, dass Kunden zunächst nur Funktionen erwerben wollen, die sie jetzt nutzen, sich für die Zukunft aber alles offenhalten möchten. So bestimmt der Anwender den Funktionsumfang des Terminals. Benötigt der Kunde später weitergehende Funktionen, lassen sich diese auch im laufenden Betrieb zur Benutzung lizenzieren, ohne dass dafür ein Spezialist vor Ort muss.

Design und Komfort

Das Terminal B-web 9340 punktet neben dem modernen Design auch mit seinem neuen Bedienkonzept. Die vollflächig schwarze Glasfront mit beleuchteten Tasten führt die Mitarbeiter intuitiv durch das Prinzip „Guide by Light“. Dadurch sind die Erfassungen einfacher und Fehleingaben werden vermieden. In der Grundfunktion sind alle verwendbaren Funktionstasten gedimmt, beziehungsweise gar nicht zu sehen. Wird eine der Tasten gewählt,

leuchtet diese hell. Es erscheint nur noch die erwartete Folgeeingabe. Diese einfache Bedienung wird bei den Mitarbeitern sehr geschätzt.



Das neue Zeiterfassungsterminal besticht durch das moderne Design und die modulare Funktionalität.

Kaba AG

8620 Wetzikon

Tel.: 0848 85 86 87

<http://www.kaba.ch>

Neue Kamera von Bosch

Bosch Sicherheitssysteme hat seine IP-Kameras der Serie 2X (Typen Dinion und Flexidome) mit der H.264-Videokomprimierung ausgestattet. Damit bietet Bosch eines der umfangreichsten Portfolios von H.264-IP-Kameras in Standardgehäusebeziehungsweise robuster Kuppelgehäuseausführung für den Aussenbereich an.

Die neuen Kameras der Serie 2X stehen für höchste Bildqualität bei Tag- und Nachtaufnahmen. Wie schon die Dinion 2X- und Flexidome 2X-Analogkameras bieten sie die 20-Bit-Bildverarbeitungstechnologie. Diese Technologie sowie erweiterte Funktionen, beispielsweise Smart BLC, grosser Dynamikbereich oder optimale Leistung bei Dunkelheit, machen die Kameras zur ersten Wahl für die Videoüberwachung bei schwierigen Lichtverhältnissen.

Durch die H.264-Komprimierung reduzieren die neuen Kameras zudem die Netzwerklast. Sie ist bis zu 30 Prozent geringer als bei Kameras mit bisherigen Komprimierungstechnologien, wie MPEG-

4. Mit der Umsetzung des H.264-Main-Profile-Standards mit niedriger Latenz bieten diese Bosch-Kameras ausserdem für Live-Videos alle Komprimierungsvorteile ohne Abstriche bei der Bildqualität. Alle H.264-IP-Kameras können pro Kamera zwei unab-



hängige Streams in voller Auflösung mit vollständiger Bildrate (25 IPS bei 4 CIF) generieren. Dadurch ist es möglich, zwei Videostreams gleichzeitig auf unterschiedliche Medien zu speichern, beispielsweise zentral auf iSCSI-Laufwerke,

die von einem Bosch Video Recording Manager (VRM) verwaltet werden.

Seit Einführung der Videoverarbeitungstechnologie 2X durch Bosch im Jahr 2009 stehen die Dinion 2X- und Flexidome 2X-Kameras für höchste Bildqualität bei Tag- und Nachtaufnahmen. Die Dinion 2X- und Flexidome 2X-Analogkameras waren die ersten Kameras mit 20-Bit-Bildverarbeitungstechnologie.

Bosch Sicherheitssysteme GmbH

<http://www.boschsecurity.de>

Zur Bedrohungslage Schweiz

Laut dem ersten Jahresbericht des neu geschaffenen Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) sind Terrorismus, Proliferation, Spionage und Gewaltextremismus nach wie vor die aktuellsten und prioritären Bedrohungen für die Schweiz. Während der verbotene Nachrichtendienst die staatliche Souveränität direkt untergräbt, bedroht die Proliferation die Schweiz potenziell in ihrem strategischen Umfeld. Angesichts dieser Lagebeschreibung sollten sich die Bürger der Schweiz keinesfalls so sicher fühlen wie sie es offensichtlich laut Umfragen tun.

Direkte Bedrohungen ...

Der Terrorismus, namentlich durch den Dschihadismus, kann Ausmass annehmen, die die Schweiz als Ganzes gefährden können, auch wenn er für die Schweiz punkto Ausmass und Eintretenswahrscheinlichkeit zur Zeit nicht direkt staatsgefährdend ist. Als weitere direkte Gefahren sind politische und wirtschaftliche Druckversuche aus dem Ausland anzusehen. Sie sind Teil staatlicher ausländischer Interessenspolitik und nicht darauf ausgerichtet, primär die Schweiz zu schädigen, sondern dem eigenen Staat Vorteile zu verschaffen.

Der Gewaltextremismus führt vor allem zu lokalen Sicherheitsproblemen und kann ebenfalls als nicht direkt staatsgefährdend eingestuft werden. Militärisch ist die Schweiz derzeit nicht bedroht; denn ein Krieg im Zentrum Europas ist bis auf weiteres unwahrscheinlich. Jedoch ist die Problematik der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und weitreichender Trägersysteme im Auge zu behalten. Kriminalität und Gewalt sind zwar auch in der Schweiz tägliche Realität, nehmen aber in unserem Land kein staatsgefährdendes Ausmass an.

... und strategisches Umfeld

Die Proliferation ist eine indirekte Bedrohung im strategischen Umfeld der Schweiz. Die Schweiz ist vor der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen in verschiedener Hinsicht betroffen. Proliferationsaktivitäten, aber auch die Umtriebe

von terroristischen und organisierten kriminellen Organisationen sowie fremden Nachrichtendiensten in der Schweiz gefährden den Werk- und Finanzplatz und setzen die Schweiz internationalem Druck aus.



Energieabhängigkeit

Im strategischen Umfeld ist weiter die Abhängigkeit der Schweiz von Rohstoff- und Energieimporten zu nennen, welche die Schweiz Druckversuchen aussetzen könnte.

Terrorismus

Der dschihadistische Terrorismus richtet sich nach wie vor hauptsächlich gegen Regierungen und Bevölkerungen in islamischen Ländern sowie gegen westliche Staaten und ihre Bevölkerungen, die mit Truppen in islamischen Ländern präsent sind. Die Schweiz ist zwar kein Hauptziel des dschihadistischen Terrorismus. Die Annahme der Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten akzentuierte die Be-

drohungslage im Berichtsjahr 2009 bisher nur geringfügig. Dschihadisten können aber auch die Schweiz als Ruhe- und Vorbereitungsbereich nutzen.

Gewaltextremismus

Mit Gewalt verbunden waren im Rechtsextremismus 32 der 85 Ereignisse, im Linksextremismus 127 der 220. Eine grosse Rolle spielte im Berichtsjahr 2009 auch der Tierrecht-Extremismus. Zu erwähnen ist insbesondere die namentlich gegen Novartis gerichtete und in unserem Land fast ausschliesslich mit kriminellen Mitteln geführte, internationale Kampagne zur Schliessung des britischen Tierversuchsfirma Huntingdon Life Sciences.

Verbotener Nachrichtendienst

Im Bereich Proliferation waren einige Versuche in der Schweiz festzustellen, sogenannte Dual-use-Güter, das heisst militärisch und zivil verwendbare Güter, zu beschaffen. Syrien und Pakistan waren die Destinationen dieser Güter aus der Schweiz. Weltweit standen aber vornehmlich Iran und Nordkorea im Zentrum der Problematik. Die Beschaffungsversuche insbesondere der genannten Risikoländer werden auch in der Zukunft den Industriestandort und Forschungsplatz Schweiz betreffen. Die breite und frühzeitige nachrichtendienstliche Aufklärung von Proliferationsnetzwerken und Beschaffungsversuchen bleibt deshalb notwendig.

Neben der bekannten Ausforschung ausländischer Oppositioneller und der Spionage im Rahmen der internationalen Organisationen fanden im Berichtsjahr auch die Wirtschaft und die Banken in der Schweiz die Aufmerksamkeit ausländischer Nachrichtendienste. Die Finanzkrise und die damit einhergehenden Verluste von Steuergeldern bewogen einzelne ausländische Staaten, aktiv Informationen zu beschaffen. Es ging ihnen darum, in der Schweiz nach un versteuertem Geld ausländischer Bürger zu suchen. Andere Staaten versuchten, den Abfluss von Kapital ins Ausland zu verhindern und den eigenen Finanzplatz zu stärken. Auch dabei wurde auf nachrichtendienstliche Instrumente zurückgegriffen. (VBS) ◆

Impressum

nd-ticker: ISSN 1663-8158
Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage



Herausgeberin
Presdok AG, Mimosenstrasse 5, 8057 Zürich
Tel. 044 312 10 50, presdok@presdok.ch
http://www.presdok.ch

Verantwortlicher Redaktor
Hans-Ulrich Helfer
helfer@presdok.ch

Layout, Satz, PR-Beiträge, Anzeigen
Ascan Helfer
presdok@presdok.ch, 044 312 10 50

Erscheinungsweise
www.nd-ticker.ch
Mindestens sechsmal pro Jahr als
Print- und / oder Online-Ausgabe.

Bezug
Normal-Abonnement Fr. 100.-- pro Jahr
Gönner-Abonnement Fr. 500.-- pro Jahr
Postcheckkonto: 80-9017-3: Vermerk nd-ticker

Druck
Schneider Druck AG, 8032 Zürich

Copyright
Alle Rechte vorbehalten.



Neue Kampfflugzeuge - Jetzt!

Der Kauf neuer Kampfflugzeuge ist friedenspolitisch sinnvoll,
weil wir damit unsere Eigenständigkeit und Neutralität beweisen.

Der Kauf neuer Kampfflugzeuge ist sicherheitspolitisch richtig,
weil wir damit unsere Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung absichern.

Der Kauf neuer Kampfflugzeuge ist wirtschaftspolitisch wertvoll,
weil wir damit auf Jahre hinaus viele Arbeitsplätze in der Schweiz erhalten.

Der rasche Kauf neuer Kampfflugzeuge ist also friedens-, sicherheitspolitisch
und sogar für unsere Volkswirtschaft äusserst nützlich!

Verein Informationsgruppe PRO-Kampfflugzeuge

<http://www.PRO-Kampfflugzeuge.ch>

Für eine freie, unabhängige und selbstbestimmte Schweiz mit einer eigenen Armee und eigener starker Luftwaffe.
Gerne nehmen wir Spenden über das folgende Konto entgegen:
Postcheckkonto PC 85-773750-1